

Rede zum Landesparteitag am 25.11.2017 Heidi Scharf

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dank an euch alle und eure Genossinnen und Genossen vor Ort für den wirklich engagierten Wahlkampf.

Unser Wahlziel haben wir in BaWü erreicht: 6,4 % und das trotz des massiven Zuwachses von AFD und FDP.

Das ist ein großer Erfolg.

Die Bindungskraft der großen Parteien Union und SPD hat massiv abgenommen. Die Stärke der AFD zeigt den gesellschaftlichen Rechtsruck. Nicht nur in Zahlen, sondern auch in Inhalten z.B. bei der Auseinandersetzung um die zukünftige Politik zu Flucht.

Wir haben das Flüchtlingsthema als Teil der sozialen Frage behandelt, das war richtig und hat uns auch den Zuspruch vieler neuer WählerInnen gebracht.

Viel zu geringe Zuwächse verzeichnen wir in sozial prekären Milieus, aber auch z.B. bei Gewerkschaftsmitgliedern.

Die AFD hat die klassischen Wählergruppen von SPD (Arbeiter) und CDU (konservative Mittelschicht) erfolgreich erreicht. Das darf in Zukunft nicht so bleiben.

Was bisher nach der BTW geboten wurde ist ein Trauerspiel. Noch nicht einmal der kleinste politische Nenner wurde bei den Sondierungsgesprächen gefunden.

Aber das ist angesichts des letzten Wahlkampfes auch nicht verwunderlich. Zum Ende der Legislaturperiode hatte die GroKo abgewirtschaftet.

Die BTW war von Anfang an mit dem Thema Flüchtlinge und damit auch Innere Sicherheit überschattet. Sozialpolitische Themen kamen nicht vor. In den Talkshows in jedem Zeitungsbericht über die AfD gab es nur eines: Flüchtlinge, Angst vor dem Islam und Innere Sicherheit. Die Themen Mieten, Pflegenotstand, Altersarmut, prekäre Beschäftigung, miese Einkommen, Chancengleichheit kamen erst kurz vor der Wahl öffentlich öfter vor.

Und wenn man die neuesten Erkenntnisse dazu liest wird einem nochmal klar was gerade auch im öffentlichen Raum geschieht.

Auf den Nachdenkseiten war zu finden, ich zitiere:

„Das Institut für empirische Medienforschung hat die Häufigkeit der Auftritte deutscher Politiker in den TV-Nachrichten im Oktober untersucht.

Befund: Es ändert sich nichts, die Nachrichtensendungen bleiben Propaganda für die neoliberalen Parteien.

Unter den 20 Spitzenpolitikern, die am häufigsten zu Wort kamen, ist kein einziger führender Vertreter der Partei DIE LINKE, sondern ausschließlich der oben genannten neoliberalen Parteien. So kam Angela Merkel 116mal zu Wort, Martin Schulz 50mal, Horst Seehofer 44mal, Stephan Weil 37mal, Cem Özdemir 36mal, Nicola Beer und Peter Tauber je 31mal, der AfD-Politiker Albrecht Glaser 18mal.

Auch wenn man die Auftritte aller Politiker nach Parteizugehörigkeit bewertet, sieht es nicht besser aus:

- CDU (335 Auftritte)
- SPD (273)

- Grüne (151)
- CSU (125)
- FDP (113)
- DIE LINKE (61)
- AfD (54)

Der Grund für die systematische Ausgrenzung der LINKEN: Sie ist die einzige Partei, die die jetzige Wirtschafts- und Sozialordnung in Frage stellt. Damit einher geht die Propaganda-Lüge der Medien: Es gäbe größere Überschneidungen zwischen AfD und LINKEN. Diese Propaganda-Lüge wird von politisch Unbedarften innerhalb der LINKEN zum Zwecke innerparteilicher Grabenkämpfe verstärkt. Da wird der Vorschlag für ein flexibles europäisches Währungssystem zum Rückzug in die nationale Wagenburg, die Aussage eines jeden Bürgermeisters auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle, es gebe Grenzen der Aufnahmefähigkeit, zur AfD-Nähe, und der Appell, man müsse Milliarden in die Hand nehmen, um den Millionen in den Flüchtlingslagern und den Hungergebieten zu helfen, zur Verweigerung von Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge. Fast schon kurios wirkt bei diesem unehrlichen Theater die Erklärung des Bundespräsidenten Steinmeier, er werde „Gespräche mit den Vorsitzenden von Parteien führen, bei denen programmatische Schnittmengen eine Regierungsbildung nicht ausschließen“. Gäbe es den Rassismus in Teilen der AfD nicht, dann müsste Steinmeier unverzüglich die AfD zum Gespräch bitten, denn sie ist Fleisch vom Fleische der CDU und bietet mit der Befürwortung von Waffenlieferungen, Auslandseinsätzen, Steuersenkungen, Sozialabbau und eines Einwanderungsgesetzes mit dem Ziel, qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, alles, was das neoliberale Herz begehrt. Warum fällt das unseren Medien nicht auf? Der Vergleich aus der Bibel „Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken in deinem Auge bemerkst du nicht?“ könnte einen Hinweis geben.“ Z-Ende

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es gab vor der BTW keine Stimmung zu einem Politikwechsel und das Ergebnis hat das bestätigt.

Die SPD hatte keine nachvollziehbaren Positionen. Sie sagte zwar, sie stehe für soziale Gerechtigkeit, aber Inhalte habe es kaum und keiner hat ihr geglaubt. Von der Agenda 2010 hat sie sich bis heute nicht verabschiedet.

Die Grünen hatten ausser Umweltpolitik und Flüchtlinge nichts. Zum Dieselskandal haben sie völlig versagt. Sie wandert immer mehr ins Mitte/Rechts-bürgerliche Lager.

Die FDP hatte ihre alten Positionen zu ihren neuen erklärt und mit den Themen Bildung und Digitalisierung Öffentlichkeit erlangt. Ansonsten lebte sie von der Vermarktung ihres Vorsitzenden.

Nach der Wahl sieht sich die CDU/CSU trotz ihres schlechtesten Wahlergebnisses seit 1949 als Gewinnerin.

Die SPD leckt sich ihre Wunden.

Die FDP frohlockt.

Die Grünen passen sich immer weiter an.

Die AfD versucht sich als Biedermann und wir, wir erscheinen in der Öffentlichkeit als total zerstritten. Darauf komme ich später noch einmal zurück und Bernd wird hierzu sicherlich etwas sagen.

Für uns sind besonders die schlechten Ergebnisse in den Ostdeutschen Bundesländern bitter. Das gilt es kritisch aufzuarbeiten. Zu sagen das lag an unseren Positionen zur Flüchtlingsfrage ist zu einfach.

Aus Umfragen wissen wir, dass uns über 70 % wegen unsere Inhalte gewählt haben und nur ca. 17 % wegen der SpitzenkandidatInnen.

Aber wir haben unterschiedliche Wählergruppen, mit unterschiedlichen Erwartungen an uns. Wir haben viele WählerInnen, die uns ausdrücklich wegen unserer Asyl- und Flüchtlingspolitik wählen und wir haben WählerInnengruppen, die uns trotz ihrer Vorbehalte zu unserer Flüchtlingspolitik wählen.

Es ist unsere Aufgabe, mit beiden Gruppen zu kommunizieren, die verbindenden und nicht die trennenden Interessen herauszustellen. Deshalb brauchen wir eine inhaltliche Debatte zu den Themen Asyl, Flüchtlinge, Einwanderung und nicht einen Dauerzerwürfnis zwischen Partei und Fraktion, wie es derzeit in der Öffentlichkeit lanciert wird.

Für uns geht es doch nach wie vor darum, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und gegen Spaltung und Ausgrenzung anzukämpfen.

Wir stehen in der Flüchtlingspolitik für Integration und nicht für Abschottung.

Dazu gehört für alle Menschen ob hier geboren oder nicht

der Zugang zu
Kinderbetreuung
Bildung gebührenfrei für alle Kinder
sozialer Wohnungsbau damit Mieten bezahlbar sind
der Ausbau Öffentlicher Nahverkehr zu bezahlbaren Preisen
der Ausbau der sozialen Infrastruktur

Dazu braucht man Geld, das wir von den Reichen und Superreichen einfordern. Statt Steuerhinterziehung, Panama und Paradise Papers - Vermögen muss der sozialen Sicherheit dienen und nicht dem spekulativen Finanzmarkt in den Rachen geworfen werden.

Und lasst mich in diesem Zusammenhang noch kurz auf das viel diskutierte Zuwanderungsgesetz eingehen.

FDP und Grüne wollen ein Zuwanderungsgesetz mit Punktesystem - in Wahrheit handelt es sich dabei um ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz.
Die SPD setzt auf eine Zuzugsregelung für Hochqualifizierte, was übrigens auch die AfD bevorzugt.

Die brutale Abschottung von Zuwanderung soll nur für Hochqualifizierte mit besonders gefragten Berufskennnissen gelockert werden.

Wir lehnen ein Zuwanderungsgesetz, das alleinig der Verwertung von Arbeitskräften und der Profitmaximierung unterliegt ab. Statt individuelle Rechte von MigrantInnen geht es den anderen Parteien um den globalen Arbeitsmarkt.

Wir wissen doch, die Migration nach D ist nicht zuletzt Folge extremer ökonomischer Ungleichheit und Krieg.

Hier muss doch angesetzt werden und nicht bei der Abschottung. Würde es den Menschen in ihren Ländern besser gehen, dann gäbe es solche Probleme kaum.

Liebe Genossinnen und Genossen, nun nochmal kurz zurück zum den Landesergebnis bei der Bundestagswahl

- In 8 von 38 Wahlkreisen liegen wir über 6,4 %: Großstädte, Unistädte, Zuwächse bei jungen Wählergruppen mit hohen Bildungsabschlüssen.
- In 30 der 38 Wahlkreise liegen wir um 5 % - damit aber unter unserem Landesdurchschnitt.
- Starkes Stadt/Land Gefälle.

Und es muss uns weiterhin beschäftigen, dass die 6,4% in BaWü bei der Bundestagswahl bei Landtagswahlen noch keine 5% sind.

Wenn wir 2021 den den Landtag wollen, müssen wir auch in den ländlichen Räumen deutliche zunehmen, sonst klappt es nicht.

Wir brauchen dazu viel mehr Kommunale VertreterInnen in den Kommunalen Parlamenten. wir brauchen den Unterbau in den Gemeinden und Städten. 2019 sind Kommunalwahlen und diese wollen wir aktiv, offensiv und engagiert führen.

Wir erarbeiten gemeinsam kommunalpolitische Eckpunkte, die die Leitschnur für die Kommunalwahlen sein werden.

Und wir müssen uns folgende Fragen stellen:

Sind wir vor Ort sichtbar?
Können wir Öffentlichkeit, auch über soziale Medien, herstellen?
Können wir die Menschen von unseren Positionen überzeugen?
Können wir die Menschen für uns und unsere Ziele begeistern?

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich noch mal kurz zur Landespolitik zurückkommen.

Was passiert denn da?

Kretschmann betont immer wieder wie gut er sich mit der CDU versteht.

Vor dem Hintergrund des Dieselskandals hat Kretschmann der Automobilindustrie permanent den Bauch gepinselt. Es wurde noch nicht mal ansatzweise versucht, die Automobilisten von einem anderen Weg zu überzeugen geschweige denn Druck aufzubauen. Der Lobby-Politik für die Automobilkonzerne opfern die Grünen auch den Schutz vor Mensch und Natur.

Es ist sicherlich schwer im Autoland BaWü, aber eine Auseinandersetzung muss man deswegen noch lange nicht scheuen.

Es gibt keinen Widerstand aus BaWü, wenn der Bundesinnenminister wieder ein paar Ideen umsetzen will um aus dem vorhanden Sicherheitsbedürfnis der BürgerInnen einen Überwachungsstaat zu machen.

Und was dem Fass die Krone aufsetzt: Kretschmann hat dem Hotel- und Gaststättenverband versprochen sich für das „Schleifen“ des Arbeitszeitgesetzes einzusetzen, damit mehr Flexibilität im Sinne der Hotellerie und Gastronomie entsteht. Der 12 Stunden-Tag lässt dabei grüssen. Die Menschen interessieren dabei nicht. Ich frage euch, wer kann schon ständig 12 Stunden am Tag arbeiten ohne davon krank zu werden?

Bei Bildung und Kitas hat sie bisher versagt. Eine Gebührenfreiheit wie in Hessen oder Niedersachsen kommt für sie nicht in Frage. Die Kultusministerin Susanne Eisenmann hat in ihrer Arroganz gegenüber anderen Bundesländern gesagt:
Für sie gehe Qualitätsverbesserungen vor gebührenfreier Kita. Das heisst doch im Umkehrschluss, die anderen Länder schmeissen das Geld zum Fenster raus und kriegen lauter dumme Kinder. Mehr Arroganz geht nicht mehr.

Im Wohnungsbau passiert fasst gar nichts. Der Soziale Wohnungsbau ist faktisch nicht mehr vorhanden.

Hier muss dringend etwas passieren. Sogar die Prognose der L-Bank empfiehlt eine Landesentwicklungsgesellschaft Wohnen.

Das wird bisher abgelehnt. Das Land solle sich eigenwirtschaftlich nur dort einbringen, wo der Markt nicht richtig funktioniert, bzw. "der angestrebte Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erreichen lässt." In welcher Welt lebt die Landesregierung eigentlich? Das Marktversagen im Bereich Wohnen ist offensichtlich, eine Umorientierung auf das Öffentliche daher wesentlich. Der Verlust an bezahlbaren Wohnraum (auslaufende Bindungen) und stetig steigende Mieten sind die Folgen von Verknappung und hoher Renditeziele privater Investoren, während öffentliche Wohnungsbauer mit geringeren Renditen und eine langfristigeren Refinanzierung arbeiten könnten - mit entsprechend dämpfender Wirkung auf die Mieten.

Wir, DIE LINKE wird sich weiter für eine Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit stark machen und direkte Zuschüsse an öffentliche Wohnungsgesellschaften. Von Land und Bund fordern wir die schnelle und kostenlose Bereitstellung von eigenen und allen geeigneten Flächen an die Kommunen für den sozialen Wohnungsbau.

Die Kritik des Gemeindetages und des Landkreistages, dass zu wenig öffentliche Investitionen getätigt werden geht ins Leere.

Die innovativste Idee war bisher ein paar Km Autobahn am Bodensee mit einem Tempolimit zu belegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seht die Themen auch für den nächsten Landtagswahlkampf gehen uns nichts aus.

Aber erst kommt die Kommunalwahl.

Vorher habe ich schon gesagt, wer in den Landtag will, der muss für den Unterbau sorgen. Das heisst wir müssen in möglichst vielen Gemeinde- und Stadträten vertreten sein. Es liegt viel im Argen und wir können da eine wirklich offensive Opposition sein und zwar nicht erst am Wahltag, sondern jetzt beginnt die Vorbereitung. Eine Bewegung von unten für mehr soziale Gerechtigkeit ist unser Ziel.

Um nur einige Punkte zu nennen, die uns wichtig sind:

Kreisumlagen dürfen nicht gesenkt werden

in allen Kreisen Sozialtickets einführen

sozialer Wohnungsbau, damit alle sich eine angemessene Wohnung leisten können - auch in Großstädten

Investitionen in die soziale Infrastruktur

Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge

gebührenfreie Kinderbetreuung

Ausbau des ÖPNV

Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums

Wir kennen unsere Schwachstellen. Deshalb bedeutet das für uns:

Wir wollen linke Politik in der Fläche ausbauen

durch Stärkung des ländlichen Raumes

durch mehr kommunale VertreterInnen

durch mehr Präsenz vor Ort
durch Förderung unserer jungen und neuen Mitglieder
durch die gezielte Ansprache von Frauen
durch Bündnisarbeit

Wir werden das schaffen auch im Hinblick darauf, dass wir viele neue Mitglieder gewonnen haben.

Bis 23.11. waren 692 neue Mitglieder zu registrieren, davon waren 454 zwischen 14 und 35 Jahre alt. Erfreulich ist, dass dies fast 2/3 aller neuen Mitglieder sind.

Davon waren 193 Frauen (27,9 %) Bei den unter 35jährigen Mitgliedern liegt der Frauenanteil bei 32,3 %.

Erfreulich, aber noch nicht ausreichend. Wir haben viel zu wenige Frauen als Mitglieder. Auch hier müssen wir etwas machen und gestern hat das Frauenplenum sich auch mit der Frage: Wie können wir Frauen für die Partei begeistern beschäftigt.

Leider sind auch Mitglieder ausgetreten, da lohnt es sich beim einen oder anderen nochmal nachzuhaken.

Wir hier jedenfalls, heissen diese neuen Mitglieder herzlich willkommen. Dazu wird es dann Ende Januar noch ein landesweites Neumitgliedertreffen geben. Aber auch vor Ort ist ein Neumitgliedertreffen sinnvoll.

Sarah wird bei der Einbringung unseres Antrages LINKE Politik in Land und Kommunen noch auf einiges Eingehen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Hier im Land und bundesweit bewegen sich gerade zigtausende von Menschen um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und um ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Lage an den Unikliniken und Krankenhäusern sind zum Teil katastrophal.

Ver.di kämpft mit ihren Mitgliedern an den Uni-Kliniken und Krankenhäuser für mehr Personal um den Pflegenotstand zu beseitigen.

Einige Großkonzerne wollen ihre Personal dramatisch abbauen, wie z.B. Siemens, ThyssenKrupp, Knorr.

Die IG Metall und andere Gewerkschaften kämpfen mit ihren Mitgliedern gegen das Kapital, die massiv Stellen abbauen wollen.

Und was uns sehr freut: seit langem gibt es bei der IGMetall wieder Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung mit einem Lohnausgleich für bestimmte Lebenssituationen der Beschäftigten. Das ist sicherlich nicht das was wir anstreben, aber das Thema Arbeitszeitverkürzung wird wieder öffentlich diskutiert.

Die Menschen wollen sich nicht mehr rund um die Uhr flexibel ausbeuten lassen. Und die Menschen wollen sich ihre Arbeitsplätze nicht unterm Hintern wegziehen lassen. Statt Menschen zu entlassen kann auch Arbeitszeit verkürzt werden bei vollem Lohnausgleich statt sie in Beschäftigungsgesellschaften bei 0-Stunden zu stecken, die überwiegend die Allgemeinheit finanziert. Konzerne wie Siemens und ThyssenKrupp können das bezahlen.

Bei all diesen Kämpfen können wir unsere Solidarität beweisen, in und ausserhalb der Betriebe.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluß noch sagen:

wir haben ein Grundsatzprogramm, wir haben vor kurzem ein Bundestagswahlprogramm beschlossen. Diese beinhalten alle Facetten des Zusammenlebens, von Arbeit und Gleichberechtigung, von Frieden und vieles mehr.

Das sind unsere Grundlagen für unsere inhaltliche Arbeit.

An die müssen und wollen wir uns halten. Es wäre fatal für uns wenn jede und jeder in den politischen Grundfragen in der Öffentlichkeit sein eigenes Süppchen kocht, egal an welcher Stelle man/frau steht. Was nicht heißt keine eigene Meinung oder gar eine konträre Meinung zu haben. Aber wenn man inhaltliche Positionen in der Gesamtpartei verändern will, dann muss man das nicht die Öffentlichkeit zu erst überzeugen sondern sollte die Positionen innerhalb der Partei ausstreiten, was legitim ist und auch die Politik belebt.

Ich will hier auch anmerken, dass wir als Partei schon mal kurz vor einer Spaltung standen, Gysis Rede ist noch einigen im Ohr. Damals wurde Bernd in einer Kampfabstimmung neben Katja zum Vorsitzenden gewählt.

Ihre Aufgabe war es die Partei wieder zusammenzuführen und eine gemeinsame Basis zu finden. Wir meinen, das haben sie bisher hervorragend geschafft. Es war Ruhe eingekehrt.

Von daher gilt hier uns anderswo:

intern kann über alles gestritten werden, intern können auch mal die Fetzen fliegen, aber dann müssen wir uns zusammenraufen und eine gemeinsame Position finden, die wir dann auch nach aussen vertreten.

Ich möchte kein so ein, auf bayrisch sagt man Gerangel, wie bei der CSU. Das beschädigt alle und führt nicht zu Glaubwürdigkeit und Zuversicht.

Zuversicht brauchen wir aber um die Probleme zu bearbeiten, um klare Positionen zu finden, um klug und geschickt damit umzugehen.

Für unsere neuen Abgeordneten waren die ersten Tage sicherlich nicht einfach. Daher sei euch gesagt: Ihr seid Abgeordnete weil eine starke Partei und Basis hinter euch steht. Ihr seid nicht um eurer selbst Willen gewählt. Das dürft ihr nie vergessen.

Uns alle rufe ich dazu auf:

LASST UNS GEMEINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN, SOLIDARISCH UND IN RESPEKT
VOREINANDER

Ich danke für eure Geduld.